

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verkaufsstellen nehmen die Anzeiger, und für Anzeigen die Bestellungen entgegen. — Erhältlich in allen Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verkaufsstellen: Die Anzeiger für das Erzgebirge, 20 Pfennige, auswendige Anzeigen 30 Pfennige, Kettensperren 20 Pfennige, auswendige Kettensperren 1 Kettensperre, amtliche Zelle 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 223

Dienstag, den 24. September 1929

24. Jahrgang

Enthüllte Pläne

Die Deutschnationalen bieten dem „Erbsind“ ein Bündnis an — Versöhnungspolitik gegenüber Frankreich

Unter der Überschrift „Enthüllte Pläne“ veröffentlicht der Presseklub der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“ am Sonntag, dem 21. September folgende hochinteressante Ausführungen:

„In denjenigen deutschen Kreisen, die sich anscheinend eine Zukunft Deutschlands ohne das Protektorat Frankreichs kaum noch denken können, erhebt man Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Machtpläne der Angelfischen, insbesondere an ihrer Entschlossenheit, Frankreich an die Wand zu drücken. Die Bedenken der deutschen Franzosenfreunde gegen eine Abkehr von der Westorientierung entspringen parteipolitischen Interessen. Diese Tatsache muß es der nationalen Opposition um so mehr nahelegen, beizutreten mit den Angelfischen zu suchen, damit nicht das deutsche Volk zum Vasallen Frankreichs degradiert wird.“ (Aus den deutschnationalen „Grünen Briefen“, Sonntags-Nr. 220 vom 19. September 1929.)

„Woher diese willenslose Ergebung in den fremden Willen, fragen wir, Herr Geheimrat Dr. Daaß, Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion, gibt darauf folgende Antwort: „Seit 1923 folgt die deutsche Außenpolitik willenslos der französischen, wie die Hölle dem Schiff. Seit 1923 ist sie für die Poincarés und Briands und hat damit die Ueberlieferung der Erzbergerischen Zeit fortgesetzt.“ Wie kommt es, daß Stresemann stets unseren Feinden zu Willen ist und diese Politik unweigerlich von den Schwankungen in unseren innenpolitischen Verhältnissen seit 1923 führen kann.“ (Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei vom 20. September 1929.)

Diese Klänge sind nicht neu, sondern so alt wie die deutschnationale Politik und Propaganda. Sie mußten und sollten wohl auch in dem Hörer und Leser den Glauben und die Hoffnung auf eine radikale Aenderung unseres außenpolitischen Kurses erwecken für den Fall, daß die Deutschnationale Volkspartei selbst in der Regierung sitzen würde. Zweimal hat sie einer Koalition der Reichsregierung angehört, aber niemals diese Hoffnungen erfüllt. Am Gegenteil hat sie beide Male den Kurs Stresemanns gebilligt und mitgemacht. Sie hat ihn erst wieder bekämpft, nachdem sie erneut die Oppositionsstellung bezogen hatte. Dieses Verhalten der Deutschnationalen ist selbstverständlich auch an den maßgebenden Regierungsstellen des Auslandes unbeachtet geblieben, sondern richtig gewürdigt worden. Man hat sich dort mit Recht gefragt, daß die Deutschnationale Volkspartei auch bei einer etwaigen dritten Beteiligung an der Reichsregierung den dort eingeschlagenen Kurs auch zum dritten Male nicht stören, sondern mitmachen würde.

Während der Verhandlung im Haag brachte nun die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 638 vom 28. August folgende Meldung aus dem Haag: „Da ist es von Interesse, daß Briand gestern bei einem Empfang der französischen Presse erzählt hat, die deutschen Nationalisten hätten sich bereits Mühe gegeben, der französischen Regierung nahe zu machen, daß sie, falls sie aus Ruber kämen, die gegenwärtige deutsche Außenpolitik nicht ändern würden.“

Das deutschfreundliche englische Blatt „Manchester Guardian“ veröffentlichte am 7. September einen Leitartikel über die Politik Eugenbergs, in dem es u. a. hieß: „Herr Eugenbergs Worte sind in Wirklichkeit nicht gegen Frankreich gerichtet. Und selbst, wenn sie es wären, würden sie auf die Franzosen keinen Eindruck machen, denn wenn sie die Deutschen fürchten, dann sind es nicht die Deutschen seines Schlages. Und die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit hat gezeigt, daß, wenn es darauf ankommt, niemand so unterwürfig gegen die früheren Alliierten ist, niemand so bereit, mit ihnen zu verhandeln (sogar hinter dem Rücken des deutschen Volkes), wie die deutsche Rechte. Herr Eugenbergs Feinde sind nicht die Franzosen, sondern seine eigenen Landsleute.“

Die Nationalliberale Korrespondenz hatte in Nr. 172 gelegentlich eines von Eugenberg an die deutsche Delegation im Haag gerichteten Protesttelegramms u. a. folgendes geschrieben: „Darum hat sein Telegramm weder Ueberraschung noch Erregung ausgelöst. Eine Tatsache, die man bedauern muß, wenn man berücksichtigt, daß das Wort einer anderen und verständlich geleiteten Opposition, den Zweck, eine Stärkung der deutschen Stellung im Haag herbeizuführen, erreicht hätte. Singsu kommt, daß man in Paris und London gerade die Opposition Eugenbergs nicht ernst nimmt, weil Männer, die mit dieser Front in Zusammenhang gebracht werden, in Paris sehr viel weitergehende, ja viel gefährlichere Angebote gemacht haben, als die von Eugenberg bekämpfte Politik der Verständigung. Darüber wird zu einem anderen Zeitpunkt zu reden sein.“

Eine Veröffentlichung der deutschnationalen Pressestelle hat uns (die Nationallib. Kor.) darob so voreilig wie unvorsichtig der „Verleumdung“ gelehrt. Praktisch und nützlich wäre es für die Deutschnationale Volkspartei gewesen, wenn die verantwortlichen Stellen der Deutschnationalen Volkspartei zunächst innerhalb der Partei eine sorgfältige Prüfung angestellt hätten und die

deutschnationale Pressestelle in ihren Erwiderungen vorsichtiger gewesen wäre. Das ist nicht geschehen, vielmehr erheben die eingangs erwähnten Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei gerade heute erneut gegen die deutschen Verständigungspolitikern den Vorwurf „Hörige Poincarés und Briands“ zu sein. Wir halten deshalb den Augenblick für gekommen, wenigstens in etwas den Schleier von jenen Dingen zu lüften, die wir am 24. August 1929 angebeutet haben.

Von den deutschnationalen Herren, die in Paris waren und dort interessante Gespräche und Verhandlungen führten, nennen wir zunächst den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr.-Ing. Moritz Klönne.

Herr Klönne reist seit dem Jahre 1926 in politischer Mission nach England und Frankreich. Er hat in zahlreichen Gesprächen mit französischen Politikern den Franzosen ein Militärbündnis und ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs gegen Sowjetrußland angetragen. Er hat über daselbe Thema mit einem hervorragenden beamteten englischen Politiker in Paris Besprechungen gehabt. Ein französischer General, der aus seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit Fragen der Entwaffnung Deutschlands wohl bekannt in Deutschland ist und als ein hervorragender Kenner des augenblicklichen Rüstungsstandes in Deutschland gelten muß, ist mit Wissen des Herrn Klönne und mit Wissen der hinter ihm stehenden deutschnationalen Hintermänner im Winter 1927/28 infognito nach Berlin gekommen, um mit deutschen Militärs die Frage eines deutsch-französischen Militärbündnisses zu besprechen. Dieser hohe französische Offizier stand während seines Aufenthaltes in Berlin in enger Fühlung mit Herrn Klönne, der es übernommen hatte, auf hochgestellte Militärs des Reichswehrministeriums einzuwirken. Selbstverständlich verließ aber die Mission des französischen Generals ergebnislos, weil die erwähnten amtlichen Stellen keine Neigung hatten, in diesem Konsortium sich zu betätigen. Daß aber die deutschnationalen Außenpolitiker es unterlassen hatten, das Auswärtige Amt von diesem Schritt in Kenntnis zu setzen, versteht sich von selbst. Herr Klönne hat diese Besprechungen im Winter 1927/28 in Berlin fortgesetzt und zwar mit französischen in Berlin tätigen Militärs hohen Ranges. Im Frühjahr 1928 wurden diese Besprechungen nach Paris verlegt und maßgebliche Politiker der französischen Rechtsparteien, darunter ein bekannter ehemaliger Militär, beteiligt.

Was folgt daraus? Deutschnationale betreiben eine Außenpolitik mit doppeltem Boden, durch die sie selbst diskreditiert werden und durch die die amtliche Politik des Reiches nicht gefördert wird. Man kann nicht auf der Straße und in den Versammlungen „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ zwecks Stimmenfang singen lassen und gleichzeitig dem „Erbsind“ ein Militärbündnis antragen. Man kann nicht die sog. Westorientierung der deutschen Politik — die es tatsächlich niemals gegeben hat — als eine erbärmliche Schwachheit in Grund und Boden kritisieren und hinterherum sogar für die Militarisierung dieser westlich orientierten Politik eintreten! Man kann auch nicht über die Preisgabe unserer östlichen Beziehungen durch den Locarnovertrag sammeln und gleichzeitig diese östlichen Beziehungen in Paris verbökern. Man kann endlich nicht den Anschluß an England fordern und gleichzeitig durch ein Militärbündnis mit Frankreich die militärische Hegemonie Frankreichs in Europa stärken und stabilisieren wollen. Das alles kann man nicht gleichzeitig. Selbst die Kraft des Herrn Eugenberg reicht dazu nicht aus.

Natürlich hat Herr Klönne auch seine Gegenforderungen gestellt: Räumung der Rheinlande, Rückgabe der Saar, Widerruf der Kriegsschuldfrage, gewisse Erhöhungen des deutschen Heeresstandes, weil wir ja sonst für Frankreich als militärischer Bundesgenosse überhaupt keinen Wert hätten. Die Befreiung der Rheinlande und die Rückgabe der Saargebiete erreichen wir jetzt viel billiger ohne die weitergehenden und viel gefährlicheren phantastischen Pläne des Herrn Klönne und seiner Hintermänner. Das sich ausgerechnet das militärische Frankreich zum Widerruf der Kriegsschuldfrage und zu einer beachtenswerten Stärkung der deutschen Heeresmacht für den Preis eines Militärbündnisses gegen Sowjetrußland bereitfinden könne, ist eine absolut unbegreifliche Illusion deutschnationaler Politiker, eine gradezu sträfliche Leichtgläubigkeit, die zudem in einem geradezu grotesken Gegensatz zu allem steht, was die deutschnationale Politik sonst über das Streben der französischen Machtpolitik nach dem Rhein und die „überlegene Klugheit“ der französischen Diplomatie zu sagen weiß. Man faßt sich an die Stirne und sucht vergebens nach einer Erklärung dieser schreienden Gegensätze und Widersprüche.

Woher aber nehmen diese Leute ein Recht, die vorsichtige, jeden Schritt überlegende Taktik und Diplomatie der amtlichen deutschen Verständigungspolitik zu kritisieren? Und wie hart und erbarmungslos haben nicht dieselben deutschnationalen Kreise jene anderen Männer verurteilt, die daselbe oder etwas Ähnliches taten wie Herr Klönne. Welche Anklagen sind nicht gerade von dieser Seite aus gegen Herrn Reberg erhoben worden, der doch wenigstens so ehrlich und konsequent war, auch in Deutschland öffentlich für die Ideen einzutreten, für die er in Paris war. Dabei noch zu ergänzen wäre, daß Herr Reberg aus mancherlei Gründen der weniger gefährliche Mann ist. Und wie ist man gegen den Jungdeutschen Orden losgegangen, als ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens öffentlich in Pariser Versammlungen für die deutsch-französische Verständigung eintrat! Man hat sogar versucht, gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, ein Verbot wegen Landesverrats anhängig zu machen. So gibt es hier wirklich Gegensätze und Widersprüche genug. Nicht nur politischer Art! Vielleicht übernimmt es die deutschnationale Pressestelle, sie aufzuklären, bevor sie erneut gegen uns ausfällig wird. Sollte es aber notwendig werden, dann sind wir bereit, die Unterhaltung über Pariser und sonstige Gespräche fortzuführen, z. B. etwa „über gewisse Verhandlungen des Generalleutnants von Lippe.“

Das Unglaubliche ist, daß diese ganzen Verhandlungen ohne jede Fühlungnahme mit der zuständigen Leitung der Reichspolitik erfolgt sind. Von derselben Seite ist immer von einer Nebenregierung geredet worden, welche aus den Abgeordneten Breitfeld und Bernbard besteht und der Regierung ihre Entschlußfreiheit nehme. Tatsächlich haben diese Politiker der Linken nie auch nur den geringsten Schritt unternommen, ohne das Auswärtige Amt auf dem Laufenden zu halten. Die neuen Veröffentlichungen werden für die politische Entwicklung der nächsten Wochen von großer Bedeutung sein.

Die Antwort Dr. Klönnes

Reichstagsabgeordneter Klönne wendet sich in einer Erklärung gegen die Mitteilungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ über Verhandlungen deutschnationaler Herren, bei denen er genannt wird. Er erklärt in dem angezogenen Artikel seine Wahrheit und Dichtung gemischt. Es sei richtig, daß er (nicht 1926 sondern 1927) in London Unterhaltungen mit führenden englischen Politikern gepflogen habe, die die Entwicklung Europas und besonders die deutsche Sache betrafen. Bei diesen Gesprächen, bei denen er seine Stellung als Privatmann, der seine eigene Meinung zum Ausdruck brachte, ausdrücklich betont habe, habe er etwa ausgeführt, daß Deutschland für eine deutsch-englisch-französische Arbeit nur dann in Frage käme, wenn wenigstens die elementarsten deutschen Forderungen erfüllt würden. Als solche habe er nicht nur, wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ richtig ausführe, „Räumung des Rheinlandes und Rückgabe der Saar, Widerruf der Kriegsschuldfrage und zwar durch den ehemaligen Feindbündnis“, gewisse Erhöhung des deutschen Heeresstandes“, sondern, was die „Nationalliberale Korrespondenz“ nicht mitteilt, in erster Linie die unbedingte Rückgabe des Westsiedens, volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität und eine Revision des Dawesplanes in dem Umfange genannt, daß Deutschland höchstens die Hälfte der festen Dawesannuität zu zahlen hätte. Er habe das Auswärtige Amt über diese Unterhaltung alsbald unterrichtet. Den französischen General, der aus seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit Fragen der Entwaffnung Deutschlands wohl bekannt sei, offenbar General Walch, kenne er nicht. Dagegen habe er mit französischen politischen Persönlichkeiten im Winter 1927/28 in Berlin Unterhaltungen ähnlicher Art wie vorher in London gepflogen, wobei er nach seiner Auffassung über die Rebergischen Pläne gefragt worden sei und dieselben Forderungen wie in London vertreten habe. Niemand habe das Recht, herartige Unterhaltungen Angebote zu nennen. Im Frühjahr 1928 ebenso wie 1929 sei er nicht in Paris gewesen. Die hieran geknüpften Bemerkungen seien erfunden. Dagegen habe er während der Pariser Verhandlungen über den Youngplan den Besuch französischer Politiker gehabt, wobei über den Youngplan selber gesprochen wurde. Auch hier sei von Angeboten von einer der beiden Seiten nicht die Rede gewesen. Auch in diesem Falle habe er das Auswärtige Amt unverzüglich unterrichtet.

Er sei der Meinung, daß eine Außenpolitik in dem skizzierten Rahmen, in dem die deutschen Lebensnotwendigkeiten in den Vordergrund gestellt werden, den Anschauungen und Forderungen des nationalen Deutschlands entspreche. Herr Klönne gibt mit dieser Erklärung die Wahrheit der Enthüllungen der Nationalliberalen Korrespondenz über die deutschnationale Verständigungspolitik zu.

Eine Erklärung Arnold Rebergs

Arnold Reberg veröffentlicht im Anschluß an die Mitteilungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich bin von Anfang an der Ansicht gewesen, daß eine für die Zukunft unseres Vaterlandes so entscheidende Frage wie die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, von der die Befriedung Europas abhängt, der Parteipolitik entzogen werden muß. Ich bin daher von vornherein bestrebt gewesen, sowohl den deutschen Rechtsparteien angehörende Politiker und Wirtschaftsführer, darunter auch den Herrn Abgeordneten Dr. Klönne, an meinen Verhandlungen mit französischen Staatsmännern zu beteiligen, als solche.